

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

25. April 2018
3.2018

Fairer Handel statt Handelskrieg!

US-Präsident Trump will wegen der chinesischen und europäischen Exportüberschüsse Strafzölle verhängen. Das könnte der Beginn eines **Handelskrieges** sein – der die deutsche Wirtschaft hart treffen würde. Denn die USA sind der mit Abstand wichtigste Handelspartner der EU. Das Handelsvolumen entspricht 631 Milliarden Euro und damit **16,9 Prozent** des gesamten Warenverkehrs. Zwar erhielt die EU noch einen Aufschub – doch ein Handelskrieg ist damit nicht vom Tisch. Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus Europa hat die US-Regierung nur ausgesetzt. Hintergrund dieses Aufschubs: Deutschen wie amerikanischen Eliten versuchen ihren Streit **auf Kosten Chinas** zu lösen. Zwar ist China mit 573 Milliarden Euro und einem Anteil von 15,3 Prozent schon der zweitwichtigste Handelspartner der EU.

Doch die Bundesregierung scheint zum **Bündnis mit Trump** und dem **Konflikt mit China** bereit. Bundeswirtschaftsminister Altmaier kündigte bereits an, dass er mit den USA eine »einheitliche Linie im Kampf gegen Dumpingpreise« finden möchte – auch indem die ökonomischen Exportüberschüsse mit mehr Engagement in der **NATO** und bei den **Militärausgaben** politisch kompensiert werden. Die Ausgaben der Bundesrepublik für Waffen und Soldaten sollen in Richtung von zwei Prozent des Bruttosozialproduktes erhöht werden. Das würde im Vergleich zu 2017 Mehrausgaben von 28 Milliarden bedeuten – pro Jahr.

Protektionismus der Reichen

Dabei sind nationaler Protektionismus und neoliberaler Freihandel **keine Gegensätze**. Bereits 2011 hat die EU Handelshürden gegen chinesische Stahlerzeugnisse errichtet, die

mit hohen Strafzöllen von 48,3 bis 71,9 Prozent belegt wurden – und diese Strafzölle wurden 2016 verlängert. Mit **Zöllen** nimmt die EU Jahr für Jahr Milliarden ein, 2014 waren es 16 Milliarden Euro. Die europäische Handelspolitik ist insofern eine Mischung aus Freihandel und Protektionismus. Allein in den europäischen **Agrarsektor** fließen 40 Prozent des EU-Haushalts. Subventionierte Agrarprodukte fluten daher die Märkte schwächerer Konkurrenten, z.B. in Afrika. Dortige Produzenten sind dieser Konkurrenz hingegen hilflos ausgeliefert. Im Ergebnis ist beispielsweise in Ghana tiefgefrorenes Hähnchenfleisch aus der EU fast 50 Prozent billiger als die Hähnchen von Bauern vor Ort. Das zeigt: Bei dem Gerede von einer »liberalen Weltordnung« und »freiem Handel« geht es um **knallharte Interessenpolitik für die Konzerne**. Das ist der Kern der deutschen Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik. Dementsprechend will die Bundesregierung an der Exportorientierung trotz der zunehmenden Spannungen nichts ändern. Daher steigt die Gefahr für eine weitere **Eskalation**.

Die Schattenseiten des »Exportwunders«

Der Titel **»Exportweltmeister«**, auf den viele Medien so stolz sind, bedeutet schlicht, dass Deutschland mehr exportiert als importiert – und das Verhältnis hier so ungleich ist, wie in keinem anderen Land der Welt. Davon profitieren zwar die Unternehmen, er ist aber selbst für die meisten Menschen hierzulande kein Grund zur Freude. Denn die Profite deutscher Konzerne sind mit dem **größten Niedriglohnsektor** Europas und **massiven Reallohn-Verlusten** erkaufte. Das deutsche »Exportmodell« basiert auf dem Dreiklang aus

niedrigen Löhnen, niedrigen Unternehmenssteuern und niedrigen Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur. Hartz IV und der öffentliche Investitionsstau sind Ausdruck der gezielt betriebenen Strategie einer **»inneren Abwertung«**. D.h. gemessen an der Produktivität sind die Löhne viel zu niedrig und die Profite der Konzerne zu hoch.

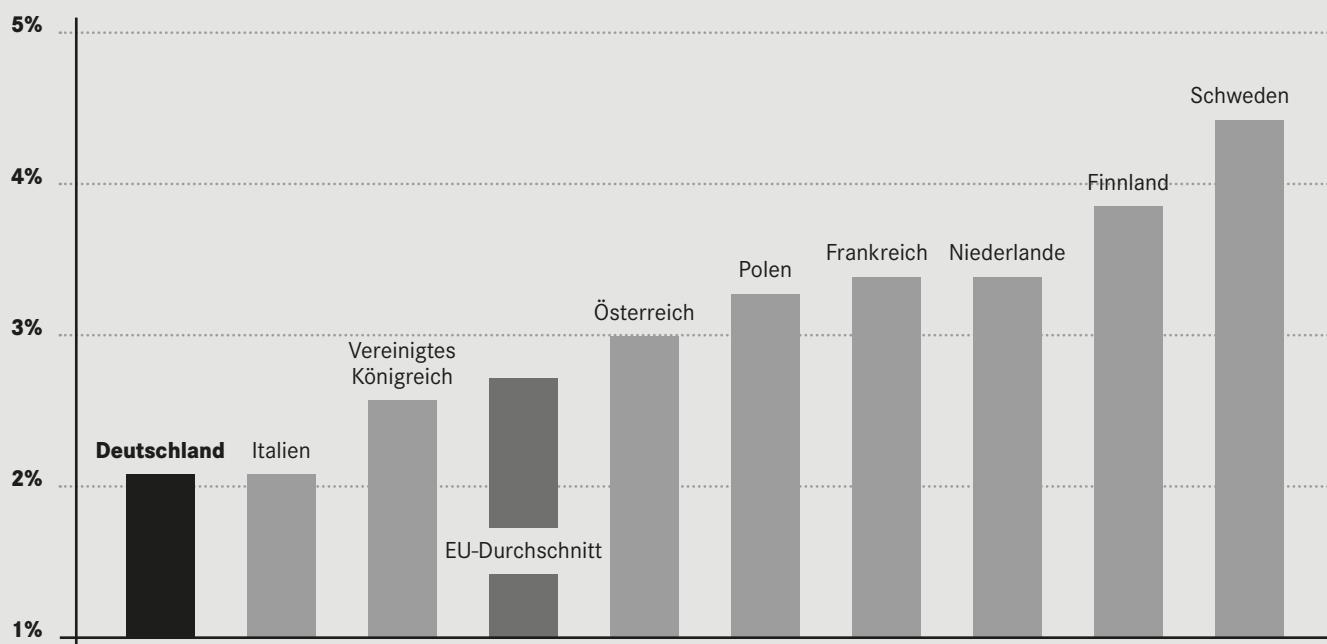
Der deutsche **Außenhandelsbilanzüberschuss** betrug laut Angaben der WTO im Jahr 2016 schon 8,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bzw. einen Höchststand von insgesamt 252,9 Milliarden Euro. Das ist Ausdruck eines **langjährigen Trends**: Seit der Euroeinführung sind die Überschüsse regelrecht explodiert. Faktisch exportiert die Bundesrepublik mit ihren Überschüssen **Schulden** und **Arbeitslosigkeit**, was andere Länder langfristig **destabilisiert** und **Fluchtursachen** schafft. Denn die Überschüsse der einen müssen die Defizite der anderen sein: Exportorientierten Ländern müssen Defizitländer gegenüber stehen, die mit ihrer Verschuldung deren Handelsüberschüsse aufnehmen. Das gilt nicht nur für die sogenannte Dritte Welt. Auch in Süd- und Ost-Europa hat die deutsche Exportpolitik eine Schneise der ökonomischen Verwüstung hinterlassen und gefährdet den **Zusammenhalt der EU**. Dazu kommt: Das Geschäftsmodell der BRD ist nicht nachhaltig. Denn es ist **unwahrscheinlich**, dass andere Ländern dieses Spiel dauerhaft mitmachen – zugleich ist Deutschland aber inzwischen hochgradig anfällig für Schocks, die von Gegenmaßnahmen (wie Trumps Schutzzöllen) ausgehen können.

Zeit für linke Alternativen!

Eine linke Wirtschaftspolitik setzt dagegen auf eine **Stärkung der**

Deutschland auf der Investitionsbremse

Öffentliche Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 2016



Quelle: wipo.verdi.de – Eurostat, Berechnungen verdi, Investitionen = öffentliche Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2016

Binnennachfrage, massive **öffentliche Investitionen** und eine **solidarische Handelspolitik**. Auf der Grundlage grenzübergreifender sozialer wie ökologischer Standards kann so allen Ländern eine gute Entwicklung ermöglicht werden. Das Geld dafür ist da: Noch nie war so viel **Reichtum** in den Händen von so Wenigen konzentriert. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) besitzen die **45 reichsten Haushalte** in Deutschland aktuell so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Diese Vermögen müssen umverteilt werden. Die EU könnte damit Vorreiter eines **New Deal** für die Weltwirtschaft werden. Was DIE LINKE fordert, steht übrigens längst im Gesetz: Laut dem **Stabilitätsgesetz** von 1967 haben Bund und Länder bei ihrer Wirtschaftspolitik die »Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« zu berücksichtigen und für **»außenwirtschaftliches Gleichgewicht«** zu sorgen. Höchste Zeit, dass das auch politische Praxis wird.

Die LINKE fordert:

■ Löhne und Gehälter müssen steigen, insbesondere die unteren und mittleren Einkommen! Dafür braucht es die Anhebung des gesetzlichen **Mindestlohnes** auf **zwölf Euro** und **allgemeinverbindliche Tarifverträge**.

■ Eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro monatlich statt **Hartz IV!** Die Agenda 2010 hat den Niedriglohnsektor befördert und hält die Löhne in ganz Europa niedrig. Das führt zu Armut und ist volkswirtschaftlich schädlich.

■ Massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur! Mit einem **120-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm** werden auch die privaten Investitionen angehoben und mehr tarifliche Arbeitsplätze geschaffen.

■ Den **ökologischen Umbau der Wirtschaft** bei Sicherung der Arbeitsplätze durch gezielte öffentliche Investitionen, eine **grundlegende Reform der staatlichen Wirtschaftsförderung** und den Stopp umweltschädlicher Subventionen!

■ Europäische Handelsabkommen mit **sozialen, demokratischen und ökologischen Mindeststandards** sowie ein Ende von Austeritätspolitik und Fiskalpakt! Dafür braucht es endlich eine **gerechte Besteuerung der Superreichen** in Europa.

■ Nein zu neoliberalen Handelsabkommen wie **TTIP, TISA, EPA** und **CETA**, die demokratische, soziale und ökologische Standards weiter aufweichen und die Löhne drücken!

■ Einen **internationalen Ausgleichsmechanismus**, der die Staaten auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet! So wird die Wirtschaft stärker auf Nachfrage im Inneren statt auf Spekulation ausgerichtet.

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.